ner schilderten die geistigen Beziehungen Goethes zu Oesterreich. Nach einer Ansprache des Obmannes des Wiener Goethe-Vereins und der Gedenkrede von Universitätsprofessor Arnold eröffnete der Bundespräsident die Goethe-Gedächtnisausstellung in der „Albertina".

Goethe-Feier in Budapest

Budapest, 22. März. Unter dem Protektorat des deutschen Gesandten Hans von Schoen veranstaltete heute nachmittag der Verein der Reichsdeutschen und der Verein Reichsdeutsche Schule in Budapest eine Goethe-Feier, an der etwa 800 Personen teilnahmen.

In Polen

Warschau, 22. März. Die gesamte polnische Presse veröffentlicht am heutigen Tage Goethe-Gedenkartikel, wobei sie vor allem die Beziehungen erörtert, die Goethe zu hervorragenden Polen, wie Mickiewicz u. a., unterhielt. Im Rundfunk sind Vorträge über das Schaffen Goethes angesetzt.

In Krakau fand vorgestern abend im Palais der Gräfin Potocka geb. Fürstin Radziwill eine Goethefeier statt, bei der Bruchstücke aus der im Jahre 1812 gesetzten Faust-Komposition des Fürsten Anton Radziwill zur Aufführung gelangten. Dieser stimmungsvollen Feier, die durch einen Vortrag des Rektors der jagellonischen Universität in Krakau, Michalski, eingeleitet wurde, wohnten u. a. auch der deutsche Gesandte von Moltke und der deutsche Konsul in Krakau Schillinger bei.

Der „Stahlhelm" und der zweite Wahlgang

Berlin, 22. März. Der „Stahlhelm" hat einen Aufruf herausgegeben, in dem er erklärt, daß die Kandidatur des zweiten Bundesführers im ersten Wahlgang zum Ziele gehabt habe, Hindenburg „von dem Einfluß derjenigen politischen Kräfte" zu befreien, „denen der November 1918 zu verdanken ist". Den Bestrebungen des „Stahlhelms" sei es nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg sei mit überwältigender Mehrheit des deutschen Volkes entschieden. Der „Stahlhelm" sehe daher keinen Grund, sich als Bund noch im zweiten Wahlgang zu beteiligen. Für den Entscheidungskampf am 24. April heiße es: keine Stimme dem System, keine Stimme einer Parteikandidatur! Endziel bleibt die gemeinsame Staatsführung durch die nationale Front!

Berlin, 22. März. Ueber den Beschluß des Stahlhelm-Bundesvorstandes zum zweiten Gang der Reichspräsidentenwahl und zu der Wahl in Preußen veröffentlicht der Stahlhelm-Pressedienst heute eine ausführliche Erklärung, der wir folgende Stellen entnehmen: So klar die Hauptkampfrichtung des „Stahlhelm" auf Beseitigung des heutigen Systems geht, so unverändert ist auf der anderen Seite der schon bei der Reichspräsidentenwahl vertretene Standpunkt, daß eine einseitige Diktatur einer bestimmten Partei nicht in Frage kommt. Gerade in Stahlhelm-Kreisen würdigt man durchaus den nationalen Geist der Anhängerschaft der NSDAP.; aber man ist andererseits auch der Ueberzeugung, daß eine wirkliche Staatsführung, die etwas anderes und besseres sein soll als das heutige System, nicht auf die Herrschaft einer bestimmten Partei gegründet werden kann. Praktisch wird also das Eingreifen des „Stahlhelm" bei der Preußenwahl auf eine Befürwortung der Parole der DNVP. hinauslaufen. Die innere Freiheit des Bundes von allen Einflüssen der Parteipolitik wird dadurch in keiner Weise berührt.

Reichsverkehrsministerium zur Zahlungseinstellung bei Junkers

Berlin, 22. März. Dem Reichsverkehrsministerium ist die schwierige Lage bei Junkers schon seit längerer Zeit aufs genaueste bekannt. Für einige Monate gelang es, im Rahmen der üblichen Industriebetreuung dem Werk über seine Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Die in der Veröffentlichung der Firma Junkers erwähnten Stützungsverhandlungen erstrebten die privatwirtschaftliche Beteiligung eines Geldgebers unter einer gewissen Hilfsstellung durch das Reich. Der Versuch ist infolge der heutigen Gestaltung der Wirtschafts- und Kreditverhältnisse leider gescheitert. Mit Hilfe des Reiches durch eine abermalige Beteiligung an dem Junkers-Konzern oder durch andere Stützungsmaßnahmen kann bei der gegenwärtigen Finanzlage und im Hinblick auf die notwendige Gleichmäßigkeit in der Behandlung von Industriefirmen nicht in Aussicht genommen werden. Sie würde auch erhebliche Mittel erfordern, die nicht zur Verfügung stehen. Dagegen ist die weitere Unterstützung der Firma Junkers nach den mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften aufgestellten Richtlinien beabsichtigt, wenn es nach Beendigung des Vergleichsverfahrens auf privatwirtschaftlichem Wege gelingen sollte, das technisch wertvolle Unternehmen zu rekonstruieren.

Zeitungsverbote

Der „Völkische Beobachter" verboten

München, 22. März. Der „Völkische Beobachter" ist von der Münchener Polizeidirektion bis einschließlich Sonnabend, den 26. März, verboten worden. Den Grund bilden Ausführungen des Blattes in seiner Nummer vom vergangenen Freitag.

„Angriff" ebenfalls verboten

Berlin, 23. März. Der Polizeipräsident hat von heute ab den „Angriff" auf fünf Tage verboten.

Bochum, 23. März. Die nationalsozialistische Zeitung „Rote Erde" in Bochum ist durch Verfügung des Oberpräsidenten bis einschließlich 27. März verboten worden.

Verbote nationalsozialistischer Zeitungen in der Rheinprovinz

Koblenz, 22. März. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat weitere nationalsozialistische Zeitungen, und zwar das „Koblenzer Nationalblatt" in Koblenz, den „Westdeutschen Beobachter" in Köln, die „Volksparole" in Düsseldorf und den „Oberbergischen Boten" in Waldbroel nebst Kopfblättern auf die Dauer von fünf Tagen verboten.

Der memelländische Landtag aufgelöst

Simaitis vor dem Landtag

Memel, 22. März. In der heutigen Sitzung des memelländischen Landtages, an der zahlreiche Vertreter der in- und ausländischen Presse teilnahmen, verlas der neue Landespräsident Simaitis die Regierungserklärung. Der Präsident stellte seine Mitarbeiter dem Landtag vor, ging dann auf die Gründe ein, die nach Ansicht der litauischen Regierung zur Absetzung des Direktoriums Böttcher geführt hätten und schilderte die Verhandlungen wegen Bildung eines neuen Direktoriums. Er betonte dabei, daß es notwendig sein werde, diejenigen Beamten, die nicht die litauische Staatsangehörigkeit besäßen, aus dem Dienst des Memelgebietes zu entfernen.

Die Rede wurde von den Abgeordneten kühl angehört, nur stellenweise, wo sie Unstimmigkeiten enthielt, durch Zwischenrufe unterbrochen. Nach der Regierungserklärung wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen.

Memel, 22. März. Bei der Besprechung der litauischen Regierungserklärung stellten zunächst die Mehrheitsparteien des memelländischen Landtages nach längerer Begründung den Antrag, dem jetzigen Direktorium das Mißtrauen auszusprechen. Die litauische Fraktion sprach sich für die jetzige Regierung aus. Danach erklärten sich noch die Sozialdemokraten und die Arbeiterpartei für das Direktorium Simaitis. In der Abstimmung wurde der Antrag der Mehrheitsparteien mit 22 gegen die fünf litauischen Stimmen angenommen. Darauf verlas Präsident Simaitis einen Akt des Gouverneurs, wonach der memelländische Landtag aufgelöst wird.

Der Vorstoß Litauens gegen das Deutschtum Memels

Berliner Pressekommentare

Berlin, 23. März. Die durch die Auflösung des Memellandtages durch Litauen geschaffene neue Lage findet ihren Niederschlag in der Berliner Presse. — Die „Germania" führt aus, daß Litauen sich unzweifelhaft erneut eine schwere Verletzung des Memelstatuts habe zuschulden kommen lassen, die man in Deutschland nicht gleichgültig hinnehmen werde, doch werde es zunächst Sache der Signatarmächte sein, die Konsequenzen aus ihrer Note zu ziehen. — Die „Voss. Ztg." erklärt, leider habe man schon seit einigen Tagen damit rechnen müssen, daß den bisherigen Verletzungen des Memelstatuts mit der Auflösung des Landtages eine neue hinzugefügt werde. Es drohe also das einzutreten, wovor Staatssekretär von Bülow im Verlauf der Memelverhandlungen des Völkerbundsrates ernstlich und dringend gewarnt hat: Der durch die illegale Absetzung Böttchers im Memelgebiet geschaffene illegale Zustand werde von der litauischen Regierung zu neuen illegalen, dem Memelstatut widersprechenden Maßnahmen ausgenutzt werden, wenn nicht die Mächte, die die Garantie für das Memelstatut übernommen haben, schnell und energisch eingreifen. Daß es mit Protestnoten nicht getan sei, zeigten die neuesten Maßnahmen Kownos mit trauriger Deutlichkeit. — Der „Börsenkurier" schreibt, eine Auflösung des Landtages komme einer Zuwiderhandlung gegen die Empfehlungen des Völkerbundsrates gleich. Kowno habe dies prompt begangen. — Die „D. A. Z." meint, es sei ein trauriges Zeichen der Zeit, daß ein erst kaum entdeckter Staat wie Litauen wochenlang die großen Mächte der Welt in beleidigender Form mißachten könne. — Der „Lokalanzeiger" überschreibt seinen Kommentar: „Handeln!" Für Deutschland liege nun keinerlei Grund mehr vor, die von dem Reichskanzler angekündigten Gegenmaßnahmen noch länger hinauszuzögern. Es werde Aufgabe der Regierung sein, Litauen fühlen zu lassen, daß Deutschland auf wirtschaftspolitischem Gebiet auch bei Schonung der Berechtigten des Memellandes nicht ganz so wehrlos sei, wie auf machtpolitischem. — Der „Tag" betont, die ganze deutsche Ostpolitik hänge davon ab, ob wir Litauen gegenüber auf dem Standpunkte des Rechts beharren und den Standpunkt des Rechts durchzusetzen, oder ob wir schließlich uns nur darauf beschränken, die Hilfe der Signatarmächte anzurufen.

Litauische Wahlschiebung

Berlin, 23. März. Berliner Blätter geben einen in der in Heydekrug erscheinenden „Memelländischen Rundschau" veröffentlichten Aufruf wieder, der in dem litauischen Arbeiterorgan „Darbininka Balsar" erscheint. Darin heißt es: Litauische Arbeiter, beeilt euch, die memelländische Bürgerschaft zu erwerben. Wenn nicht, so werdet ihr nach den Wahlen Fremde im Memelland sein und die Deutschen werden über euch herrschen. — Das litauische Blatt betont fernerhin, das neue Direktorium habe eine Paßverordnung erlassen, auf Grund deren alle großlitauischen Arbeiter und Angestellten ohne Verzögerung die memelländische Staatsbürgerschaft erwerben könnten. Das sei außerordentlich wichtig. So könnten sie u. a. auch Arbeitslosenunterstützung gleich den Einheimischen beziehen. Die „Memelländische Rundschau" bemerkt dazu, die Feststellung sei interessant, daß jetzt das litauische Blatt zugebe, daß eine entsprechende Verordnung von Simaitis erlassen sei, wonach jeder Litauer jetzt sofort die memelländische Staatsbürgerschaft erwerben könne, während es bisher eines einjährigen Aufenthaltes im Gebiet bedurfte.

Wahlen am 4. Mai

Kowno, 23. März. Die Neuwahl zum memelländischen Landtag ist auf den 4. Mai angesetzt worden.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte im Jahre 1931

Berlin, 22. März. Am 31. Dezember 1931 liefen 155 514 Ruhegelder mit 25 316 Kinderzuschüssen, 72 473 Witwen- und Witwerrenten und 40 258 Waisenrenten. Der Gesamtaufwand für Rentenleistungen, Abfindungen und Beitragserstattungen betrugen im Jahre 1931 220,3 Millionen RM. Nach dem Stande vom 31. Dezember 1931 betrug die monatliche Rentenleistung 16,6 Millionen RM. Es gingen 136 346 (132 862 in 1930) Anträge von Versicherten auf Gewährung eines Heilverfahrens ein. Es wurden für die Gesundheitsfürsorge insgesamt 28,9 Millionen RM (27,1 Millionen in 1930) aufgewendet. Die Gesamtbeitragseinnahme belief sich auf 343,4 Millionen RM (365,1 Millionen in 1930). Der Beitragsrückgang ist auf die starke Stellenlosigkeit der Angestellten und auf das Sinken der Gehälter und Löhne zurückzuführen. Die Beiträge machen etwa 5 v. H. des durchschnittlichen Monatsbetrages aus gegen 700 in der Vorkriegszeit. Die Zahl der Versicherten wird für das Ende des Jahres 1931 auf 3,1 Millionen geschätzt. Die Anlegung der Rücklagen erfolgte nach den bisherigen Grundsätzen wertbeständig auf Goldmarkgrundlage. Der Förderung des Wohnungsbaues wurde wiederum besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Gesamtneuanlage für Wohnungsbauzwecke belief sich auf 128 Millionen RM. Der Verwaltungskostenaufwand betrug 2,8 v. H. der Gesamteinnahme.

Stand der Arbeitslosigkeit unverändert

Berlin, 22. März. Wie wir erfahren, wurden am 15. März rund 6 129 000 Arbeitslose gezählt. Danach hat sich der Stand der Arbeitslosigkeit gegenüber dem letzten Zähltermin vom 1. März nur unwesentlich verändert.

Bestätigung der Wiedererennung Dr. Dorpmüllers zum Reichsbahnpräsidenten

Berlin, 22. März. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag der Reichsregierung die Wiedererennung des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dorpmüller, dessen Amtszeit mit dem 3. Juni abläuft, mit Wirkung vom 4. Juni dieses Jahres ab bestätigt.

Eine Kandidatur Claus Heim kommt nicht in Frage

Berlin, 22. März. Zu den Nachrichten, nach denen augenblicklich Unterschriften für eine Kandidatur des sogenannten Bauernführers Claus Heim für den zweiten Gang der Reichspräsidentenwahl gesammelt werden, ist darauf hinzuweisen, daß Heim im Bombenlegerprozeß zu Zuchthaus verurteilt worden ist und seine Strafe augenblicklich absitzt. Er kommt deshalb für eine Kandidatur überhaupt nicht in Betracht. Nach § 31 des Str.G.B. schließen nämlich Zuchthausstrafen nicht nur Dienste in der Reichswehr aus, sondern sie haben auch die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter von Rechtswegen zur Folge.

Braun und Severing Spitzenkandidaten

Berlin, 22. März. Der sozialdemokratische Parteiausschuß hielt am Dienstag eine Sitzung ab, um die Preußenwahl vorzubereiten. Dabei wurde, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, beschlossen, daß die Namen Braun und Severing an der Spitze jeder sozialdemokratischen Wahlliste stehen sollen. Für die Aufstellung der Landesliste wurde eine besondere Kommission eingesetzt.

Der Block der Mitte

Berlin, 22. März. Die Verhandlungen über einen „Ständigen Block" zwischen den Parteien der Mitte sind, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, soweit geklärt, daß für ein solches Zusammengehen nur noch Landvolk, Wirtschaftspartei und Volkskonservative in Frage kommen. Staatspartei und Volkspartei scheiden aus. Wie verlautet, besteht die Möglichkei, daß sich die Volksrechtspartei der DVP. anschließt. Der Jungdeutsche Orden will seinen Mitgliedern die Abstimmung freigeben und ihnen die Kandidaten empfehlen, die seine Bestrebungen auf dem Gebiete der Siedlung, der Reichsreform und des Arbeitsdienstes unterstützen.

Chile stellt Zahlung aller ausländischen Schulden ein

London, 22. März. Chile hat bereits die Zahlung aller ausländischen Schulden eingestellt, obwohl das einschlägige Gesetz erst im Verlauf dieser Woche zur Erörterung kommen und voraussichtlich auch angenommen werden soll.

Die Tschechoslowakei und der Donauplan

Zustimmung von Deutschland und Italien abhängig

Prag, 22. März. Außenminister Benesch nahm zu den Vorschlägen der französischen Regierung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten Stellung. Er wies darauf hin, daß die italienische Regierung zögere und die deutsche Regierung sich in ihrem Memorandum im wesentlichen ablehnend äußere. Die tschechoslowakische Regierung sei bereit, an konkreten Verhandlungen der fünf mitteleuropäischen Staaten auf der Grundlage des Präferenzgedankens teilzunehmen. Hierbei halte sie jede politische Aktion von vornherein für ausgeschlossen, ebenso Verhandlungen über eine Zollunion dieser Staaten. Sie trete in keine Verhandlungen ein, an denen nicht auch Rumänien und Jugoslawien teilnehmen würden. Wenn Berlin und Rom zu der französischen Initiative nicht ihre Zustimmung gäben, würde die tschechoslowakische Regierung an nichts teilnehmen. Der Minister erklärte, das französische Memorandum setze voraus, daß sich die Großmächte klar für den Grundsatz des politischen Desinteressements in Mitteleuropa erklären. Die mitteleuropäischen Staaten hätten bereits ihre politische Reife erlangt und seien bemüht, in Mitteleuropa eine solche Stellung zu erreichen, wie sie z. B. heute Belgien, Holland oder die skandinavischen Staaten hätten. Benesch hält jede mitteleuropäische Politik, welche Oesterreich in irgendeine antideutsche politische Konzeption hineinziehen würde, für grundsätzlich verfehlt. Die Tschechoslowakei wünsche keine solche Konstellation, da sie ihr nicht zum Vorteil gereichen würde, sondern sie wünsche, mit Deutschland in möglichst freundschaftlichem politischen Verhältnis zu stehen.

Streikende sprengen Eisenbahnbrücke

London, 22. März. Streikende Bergleute in Dobbyn (Queensland) sprengten eine Eisenbahnbrücke und einen mit Eisenerz beladenen Güterwagen in die Luft.

Chinesisch-japanische Kämpfe bei Nanhutu

163 Tote, 15 Verletzte

Tokio, 22. März. Nach einem Funkspruch aus Tschangtschun kam es gestern bei Nanhutu zu einem Kampf zwischen